

(K)EINE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

>> von Dirk Wentzel > Die politische Parteienlandschaft in Deutschland bleibt in Bewegung. Nach den Piraten hat sich mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine weitere politische Kraft gebildet. Sie treibt jetzt mit der Gründung von Landesverbänden die Vorbereitung auf die Bundestagswahl voran und wird wohl vornehmlich im bürgerlich-liberalen Lager auf Stimmenfang gehen. Ähnlich wie die Piraten ist die AfD eine Partei, die primär auf ein Thema setzt. Bei den Piraten ist es die Freiheit im Internet, bei der AfD ist es die Euroskepsis und der Wunsch, zur Deutschen Mark zurückzukehren.

Der große Unterschied zwischen beiden Bewegungen liegt in der Kompetenz der Führungskräfte: Während die Piraten in den meisten Talkshows nicht durch Fachwissen überzeugten, ist die AfD eine Professorenpartei, an deren Spitze der Hamburger Volkswirt Bernd Lucke steht. Als Begründer der Internetplattform „Plenum der Ökonomen“ weiß er viele Fachkollegen hinter sich, insbesondere bei seiner scharfen Kritik an den Rettungsschirmen und am ESM. Auch aus diesem Grund muss man sich mit der Partei und ihren Vorschlägen intensiv auseinandersetzen.

Mundells Währungsraum

Das zentrale Argument der AfD und ihres Sprechers besagt, dass Europa kein optimaler Währungsraum sei. Diese Aussage beruht auf dem bekannten Modell von Nobelpreisträger Robert Mundell, das jedem Studenten der Volkswirtschaftslehre bekannt ist. Die Kernaussage ist, dass zwei Währungsräume dann eine Einheitswährung einführen sollten, wenn sie sehr ähnliche Institutionen aufweisen und die Produktivität der Industrie ungefähr auf dem gleichen Niveau angesiedelt ist. Sind jedoch die Produktivitäten sehr unterschiedlich, dann können verschiedene Währungen und der Wechselkursmechanismus hilfreich sein, um durch gezielte Abwertungen die eigene Industrie wettbewerbsfähig zu halten. Der Ausgleich der Zahlungsbilanz wird durch die Verteuerung der Importe bewirkt. Wendet man dieses Modell konsequent auf Europa an, kommt man zu dem Schluss, dass Europa tatsächlich kein optimaler Währungsraum ist und dass allenfalls bestimmte Länder das Wagnis einer Währungsunion eingehen sollten.

Allerdings ist unter Ökonomen und erst recht unter Wirtschaftsvertretern heftig umstritten, ob man aus dem Mundell-Modell tatsächlich die Zerschlagung der Währungsunion folgern sollte und ob nicht auch andere wirtschaftliche, politische und historische Argumente zu gewichten sind. Empirisch hat sich der Euro seit seiner Einführung als wertstabile Währung erwiesen mit starkem Außenwert gegenüber den anderen Weltwährungen.

Außerdem ist die gegenwärtige Finanzkrise weniger eine Euro-Krise denn eine nationale Staatsschuldenkrise. Griechenland wäre auch mit der alten Drachme völlig überschuldet und könnte nur mit fremder Hilfe zahlungsfähig bleiben. Griechische Produkte wären auch mit der Drachme nicht konkurrenzfähig, sie könnten allenfalls durch weitere Abwertungen verbilligt werden. Eine Dauerlösung kann ein Abwertungswettlauf aber nicht sein. Durch die Einführung des Euro sind die Produktivitätsdifferenzen in den Euro-Ländern offensichtlicher geworden – ursächlich sind sie aber nicht.

Die von der AfD geforderte langsame Wiedereinführung der D-Mark als Parallelwährung und der Ausschluss der Südländer aus der Eurozone sind keine wirkliche Problemlösung – weder theoretisch und erst recht nicht in der praktischen Umsetzung. Das bekannte Gresham'sche Gesetz besagt, dass auf einem Währungsgebiet dauerhaft keine zwei Währungen parallel existieren können. Dass sich eine schwache Drachme gegenüber einem starken Euro auch nur für kurze Zeit als Parallelwährung halten könnte, darf bezweifelt werden.

Auch zurück zur Ostmark?

Als 1957 die EWG mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge gegründet wurde, hielten die Staaten noch strikt an ihren nationalen Währungen fest. Der europäische Handel erwies sich als Wachstumsmotor und zog immer neue Mitglieder an. Als größtes Integrationshindernis in dieser Zeit erwiesen sich die vielen unterschiedlichen Währungen, weshalb schon 1971 mit dem Werner-Plan erstmals ein Vorschlag für eine Währungsunion aufgelegt wurde. In die gleiche Richtung argumentierte 1988 ebenfalls der sogenannte Cecchini-Bericht über die Kosten der Nichtverwirklichung Europas. Ein Produkt in 27 verschiedene

Währungsgebiete zu exportieren ist zwar theoretisch machbar, in der Realität jedoch mit immensen Kosten verbunden. Nicht zuletzt aus diesem Grund schätzt die deutsche Exportindustrie die Vorteile einer einheitlichen Währung als sehr wichtig ein.

Wenn gemäß dem Vorschlag der AfD die nationalen Währungen wieder eingeführt würden, so ist ketzerisch zu fragen, warum dann nicht auch gleich noch weitere regionale Währungen neu eingeführt werden sollten. Der reiche Norden Italiens und der arme Süden sind mit Sicherheit ebenso wenig ein optimaler Währungsraum wie das wirtschaftsstarke Süddeutschland und das strukturschwache Ostdeutschland. Wäre es da nicht sinnvoll, auch die Wiedereinführung der Ostmark zu fordern?

Die Zerschlagung der Währungsunion wäre mit immensen Kosten verbunden. Dies bestätigt auch der Chef-Ökonom des IWF, Olivier Blanchard, der den austretenden Ländern schwere Rezessionen prophezeit. Träte Deutschland aber allein aus, würde die Währungsunion kollabieren, wodurch gerade die kleinen Länder massive Nachteile erleiden würden. Slowenien oder Malta dürften jedenfalls nur schwer in der Lage sein, eine neue konvertible Währung an den Finanzmärkten zu etablieren.

Heilsamer Reformdruck

Die Politik wäre gut beraten, sich auf die ordnungspolitischen Reformen zu besinnen, die langfristig einen stabilen europäischen Finanzrahmen sichern. Es ist durchaus positiv, dass die gegenwärtige Finanzkrise einen starken Reformdruck auf die Länder Südeuropas ausübt. Europa braucht eine glaubwürdige Insolvenzordnung für Staaten, eine wirksame Eindämmung staatlicher Verschuldung und eine institutionelle Stärkung des Bankensektors. Das gefährliche Spiel mit der Zerschlagung der Währungsunion, das Vertrauen zerstört und in eine Weltwirtschaftskrise führen kann, ist keine Alternative für Deutschland.

Professor Dr. Dirk Wentzel

lehrt Volkswirtschaft und Europäische Wirtschaftsbeziehungen und ist Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls der Europäischen Kommission. Sein Text erschien als Gastbeitrag in der Börsen-Zeitung, Zeitung für die Finanzmärkte, Ausgabe 85 vom 4. Mai 2013, Seite 6.